

März 2025

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

EU-Sondergipfel markiert europäisches Momentum - Weichenstellung für eine EU-Verteidigungsunion

Europäischer Sondergipfel am 6. März 2025

Dr. Beatrice Gorawantschy, Tom Körner, Meike Lenzner, Stanislav Linchevsky¹

„Wir leben in der bedeutsamsten und gefährlichsten Zeit“² – mit diesen Worten kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihr gigantisches Mobilisierungspaket zur massiven Aufrüstung Europas im Vorfeld des EU-Sondergipfels an. Die Zeiten sind außergewöhnlich und außergewöhnlich ist auch das, was beschlossen wurde, und zwar in welchem Tempo – so könnte man die Schlussfolgerungen des EU-Sondergipfels zusammenfassen, der die EU-Staats- und Regierungschefs am 6. März zu den vordringlichen Themen Unterstützung der Ukraine und Verteidigung zusammengebracht hat. Man hätte den Gipfel aber auch mit „Aufrüstung und Abschreckung“ betiteln können. Wenn man sich auch beim Thema Ukraine aufgrund des ungarischen Vetos nicht auf eine gemeinsame Position der 27 hat verständigen können, so war man geeint beim Kurs für die Stärkung der Verteidigung. Die klare Botschaft, die vom Gipfel ausgeht, lautet: „Verteidigungsbereitschaft erhöhen“ und „Abhängigkeiten verringern.“³ Was die Sicherheit und den Frieden für die Ukraine betrifft, wird neben der EU künftig eine Koalition der Willigen, die über die EU-Mitgliedstaaten hinausgeht, die Bedeutung der Nationalstaaten erhöhen.

Hintergrund

Der Ende Februar spontan für den 6. März einberufene Sonderratsgipfel behandelte die Themen, die im Vorfeld der Ankündigung international und insbesondere transatlantisch Wellen schlugen:

Verteidigung und Unterstützung für die Ukraine. Nachdem bereits am 3. Februar ein informelles Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs zum Thema Verteidigung stattgefunden hatte, überschlugen sich die Ereignisse, die eine erneute Zusammenkunft zwei Wochen vor dem planmäßigen Ratsgipfel am 20. März nahezu unabdingbar machten.

Ein Hauptgrund für die Volatilität der Situation ist das Agieren der neuen US-Administration unter Donald Trump, welcher seit seiner Amtseinführung die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik radikal umbaut. Äußerungen US-amerikanischer Vertreter deuteten eine Abkehr von den traditionellen Partnern der USA an: So kritisierte US-Vizepräsident JD Vance im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz die europäischen Demokratien und die USA stellten ihr Engagement auf anderen Kontinenten sowie innerhalb der Vereinten Nationen infrage. Letzteres machte sich bereits durch massive Budgetkürzungen im entwicklungspolitischen Bereich bemerkbar. Auch der US-Verteidigungshaushalt soll Ankündigungen zufolge halbiert werden.

Spätestens nach einem Treffen zwischen US-amerikanischen und russischen Regierungsvertretern am 18. Februar in Riad, Saudi-Arabien und der damit eingeleiteten Kehrtwende im Krieg in der Ukraine reagierten die Europäer: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron lud die Staats- und Regierungschefs einiger EU-Staaten sowie des Vereinigten Königreichs, die höchsten Vertreter der NATO und der EU-Institutionen am 17. und 19. Februar

¹ Elisabeth Rahr und Liz Tribbensee haben bei der Erstellung des Dokuments mitgewirkt.

² Europäische Kommission: [statement-25-673.de.pdf](https://www.statement-25-673.de.pdf)

³ Der Spiegel: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/news-eu-gipfel-aufruestung-equal-pay-day-afd-ostsee-esc-miriana-conte-a-c9509ff9-27f1-4e27-91c5-6560bc5e6f45>

zu zwei Dringlichkeitstreffen nach Paris ein. Am Jahrestag der russischen Invasion, dem 24. Februar, wurde das 16. Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet und die Arbeit an einem 17. Folgepaket verkündet. Außerdem reiste Macron am selben Tag nach Washington, dicht gefolgt vom britischen Premierminister Keir Starmer am 27. Februar, jeweils für bilaterale Gespräche mit Trump. Trotz dieser Bemühungen kam es am 28. Februar zum Eklat zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, die sich vor laufenden Kameras einen verbalen Schlagabtausch lieferten. Dies hatte zur Folge, dass das zuvor ausgehandelte Rohstoffabkommen zwischen der Ukraine und den USA nicht unterschrieben wurde. Am selben Tag blockierte Ungarn einen EU-Vorschlag, der sowohl Sicherheitsgarantien für die Ukraine als auch ein neues EU-Militärhilfepaket beinhalten sollte, da die EU, laut dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán, stattdessen direkte Verhandlungen mit Russland suchen sollte. Europäische Regierungen reagierten bestürzt auf diesen Vorstoß, sodass beim Ukraine-Gipfel am 2. März in London die Unterstützung Europas für die Ukraine bekräftigt wurde.

Gleichermaßen reagierte die Europäische Kommission mit einer Intensivierung ihrer Bestrebungen, im Verteidigungsbereich Fortschritte zu machen, indem Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 4. März mit „ReArm Europe“ ein neues Instrument vorstellte, das höhere Investitionen in die Verteidigungsindustrie finanzieren soll. Außerdem zirkulierte kurz vor Gipfelbeginn ein Brief der Präsidentin der Europäischen Investitionsbank (EIB), Nadia Calvino, zu einer geplanten Änderung der Kreditvergabebedingungen bei Unternehmen und Projekten im Verteidigungsbereich. Daraus geht hervor, dass mehr Verteidigungsprojekte als bisher gefördert und der jährliche Höchststrahmen für diese erweitert werden können.⁴ Aus Ungarn und der Slowakei wiederum wurden im Vorfeld des Sondergipfels Forderungen öffentlich, die die Unterstützung der EU für die Ukraine infrage stellten und dafür plädierten, keine Schlussfolgerungen festzulegen, da sonst mit deren Veto zu rechnen sei. Der slowakische Premierminister Robert Fico forderte energiepolitische Zugeständnisse im Vorfeld des Gipfels, u.a. eine Wiederaufnahme des russischen Gastransits durch die Ukraine nach Westeuropa, der Anfang des Jahres eingestellt worden war. Gleichzeitig sprach er sich gegen weitere finanzielle oder militärische Unterstützung für Kyjiw aus.

Ergebnisse des Gipfels⁵

Ukraine

Aufgrund der Entwicklungen im Vorfeld des Gipfels und insbesondere Orbáns entschlossener Ankündigung, die im Vorfeld zirkulierten Schlussfolgerungen zur Ukraine nicht mitzutragen, ist es nicht erstaunlich, dass es lediglich zu einer Erklärung der 26 Mitgliedstaaten - mit Ausnahme Ungarns - gekommen ist. Diese spiegeln in vielen Punkten den ursprünglichen Entwurf der Schlussfolgerungen wider.

Drei Jahre nach Kriegsbeginn und nach einem erneuten persönlichen Austausch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bekräftigen die 26 EU-Mitglieder, dass seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges die EU und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine zur Seite gestanden haben. Die fortgesetzte und unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen wird unterstrichen. Sie betonen das inhärente Recht der Ukraine zur Selbstverteidigung, ebenso wie die Notwendigkeit, dass der Krieg nur durch ein Friedensabkommen, das auf der UN-Charta und dem Völkerrecht fußt, beendet werden kann.

Ein zentraler Punkt der Erklärung ist die langfristige, gesteigerte finanzielle Unterstützung der Ukraine. Im Jahr 2025 wird die EU insgesamt 30,6 Milliarden Euro bereitstellen, darunter 12,5 Milliarden aus der Ukraine-Fazilität und 18,1 Milliarden Euro aus der G7 ERA-Initiative (Extraordinary Revenue Acceleration). Diese Mittel sollen teilweise aus den „Zufallsgewinnen eingefrorener russischer Vermögenswerte“ finanziert werden. Zudem fordern die 26 Staats- und Regierungschefs die Kommission auf, zügig alle notwendigen Maßnahmen zur Vorfinanzierung dieser Instrumente zu ergreifen. Ebenso werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, alle Möglichkeiten zur gesteigerten Unterstützung innerhalb der Ukraine-Fazilität auszuschöpfen.

Mit Blick auf Friedensverhandlungen machen die EU26 deutlich, dass es ein „umfassender, gerechter und andauernder Frieden“ sein müsse - unter bestimmten Prinzipien: Es könne keine Verhandlungen über die Ukraine ohne die Ukraine geben

⁴ Euronews: <https://www.euronews.com/my-europe/2025/03/05/european-investment-bank-set-to-broaden-defence-investment-scope-later-this-month>

⁵ Europäischer Rat: Offizielle Schlussfolgerungen [20250306-european-council-conclusions-de.pdf](https://www.consilium.europa.eu/media/10250306-ukraine-euco10-25-de.pdf); Annex zur Ukraine der EU26 [20250306-ukraine-euco10-25-de.pdf](https://www.consilium.europa.eu/media/10250306-ukraine-euco10-25-de.pdf)

und es könne keine Verhandlungen, die die europäische Sicherheit betreffen, ohne Europas Einbindung geben. Außerdem sei eine Bedingung, dass die Ukraine Sicherheitsgarantien bekomme und ein Frieden die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine respektiere. Die Ukraine müsse sich in einer möglichst verhandlungsstarken Position befinden, um einen „Frieden durch Stärke“ zu erreichen. Daher begrüßen die 26 Staats- und Regierungschefs die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, ihre Unterstützung der Ukraine hochzufahren. Dies betrifft die Lieferung von Luftabwehrsystemen, Munition und militärischer Ausrüstung; die Bereitstellung von Training und Equipment, sowie den Aufbau der ukrainischen Verteidigungsindustrie bzw. deren Zusammenarbeit mit der europäischen Verteidigungsindustrie. Außerdem wird die wichtige Rolle der militärischen Unterstützungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) hervorgehoben. Zudem heißt es in der Erklärung, dass die Europäische Union die Reformbemühungen der Ukraine zur EU-Mitgliedschaft stärker unterstützen will.

Abschließend werden die EU-Kommission, die Slowakei und die Ukraine dazu aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Lösung der Gastransitfrage zu intensivieren – „unter Berücksichtigung der von der Slowakei vorgebrachten Bedenken.“

Verteidigung

Die Staats- und Regierungschefs stellten das Thema Verteidigung in den Fokus dieses Sondergipfels. Es soll außerdem bei den planmäßig anstehenden Ratsgipfeln Ende März und Ende Juni erneut behandelt werden, um u.a. das von der Kommission unter Leitung des EU-Verteidigungskommissars Andrius Kubilius noch zu veröffentlichende Weißbuch über die Zukunft europäischer Verteidigung zu besprechen. Grundsätzlich wird die Bedeutung einer stärkeren und fähigeren EU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich herausgestellt, was sich positiv auf die globale und transatlantische Sicherheit auswirken würde. In diesem Kontext sei auch die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Drittstaaten sowie der NATO wichtig, vor deren Juni-Gipfel die EU-Mitgliedstaaten zu einer gemeinsamen Koordinierung eingeladen werden.

Um die Europäer und ihre Sicherheit zu schützen, sind etliche Maßnahmen geplant, die kritische Fähigkeitslücken schließen, die technologische und

industrielle Basis stärken sowie strategische Abhängigkeiten reduzieren sollen. Gleichzeitig begünstige dies auch Europas Wettbewerbsfähigkeit. Eine erste Prioritätenliste, die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine zieht, identifiziert strategische Rüstungsprojekte und verweist auf den einzuhaltenden NATO-Standard. Insbesondere ist die Rede von militärischer Mobilität, Künstlicher Intelligenz, dem Schutz kritischer Infrastruktur, aber auch von Munition, Präzisionsbewaffnung und Luftverteidigungs- sowie Artilleriesystemen. Der Schutz aller EU Land-, Luft- und Seegrenzen sei gleichermaßen wichtig, vor allem aber der Ostgrenzen durch die Bedrohungen Russlands und Belarus'. Dazu soll der Gesetzesvorschlag zum „European Defence Industry Programme“ EDIP schnellstmöglich weiterentwickelt werden. Mittels des EDIP und weiterer geforderter Schritte müsse der rechtlich-administrative Rahmen für Rüstungsaufträge, grenzübergreifende Industriekooperation und Lizenzverfahren vereinfacht werden. In diesem Kontext wird die EU-Kommission vom Rat dazu aufgefordert, ein verteidigungsspezifisches „Omnibus“-Gesetzespaket zu priorisieren. Des Weiteren wird die Kommission, zusammen mit der Europäischen Verteidigungsagentur, der EU-Außenbeauftragten sowie den 27 Mitgliedstaaten dazu eingeladen, an konkreteren Schritten zu arbeiten, wie die europäische Verteidigungsindustrie harmonisierter, effizienter, kostengünstiger und standardisierter werden kann. Eine Mobilisierung von privaten und öffentlichen Investitionen wird gefordert. Die Kommission wird eingeladen, Privatinvestoren die Wichtigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie zu signalisieren.

Der Rat begrüßt den kurz vor dem Gipfel veröffentlichten Brief der Präsidentin der Europäischen Investitionsbank zu den geplanten Änderungen der Kreditvergabebedingungen bei Unternehmen und Projekten im Verteidigungsbereich. Er hofft auf eine zukünftig kontinuierlich erweiterte Liste geförderter Projekte. Zur Kenntnis genommen wird neben der EIB-Ankündigung auch das vorgestellte „ReArm Europe“-Projekt mit umfangreichen Maßnahmen zur Steigerung der Finanzmittel für die Verteidigungsindustrie, welches von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kurz vor dem

Gipfelbeginn präsentiert wurde und bis zu 800 Milliarden Euro zur Verfügung stellen soll.⁶ Die Kommission wird eingeladen, mit Blick auf die nationale Ausweichklausel bei Neuverschuldungen im Verteidigungsbereich näher auszuführen, wie das neue EU-Instrument, das über den Stabilitäts- und Wachstumspakt laufen soll, koordiniert aktiviert werden könne. Von der Leyens Vorschlag, 150 Milliarden Euro in Form von EU-Darlehen an die Mitgliedstaaten zu geben, plant der Rat, dringend zu prüfen.

Kommentar

Ukraine

„26 sind mehr als einer“⁷, sagte António Costa im Nachgang des Gipfels und machte damit deutlich, dass die EU sich nicht von Ungarn gängeln lasse und dennoch ein starkes Signal für die Ukraine durch eine gemeinsame Erklärung sendet.

Die 26 EU-Staats- und Regierungschefs haben ihre Haltung zu den Friedensverhandlungen nochmals bekräftigt und betont: Keine Verhandlungen über die Ukraine ohne die Ukraine, und keine Verhandlungen über die europäische Sicherheit ohne europäische Beteiligung. Insbesondere die Betonung des Kriegsendes durch ein Friedensabkommen auf Basis der UN-Charta greift die jüngsten Verhandlungen zwischen Russland und den USA auf und vermittelt eine ganz klare Botschaft gegenüber Washington. Auch an Russland sendet die Erklärung ein klares Signal: die EU sei bereit, den Druck zu erhöhen, auch mittels neuer Sanktionen.

Angesichts der alarmierenden Signale aus den USA festigten sich auch die Aussagen zu Sicherheitsgarantien. In einer früheren Version des Textes hatten die Mitgliedstaaten Kaja Kallas vorerst nur aufgefordert, die Bedingungen für Beiträge zur Sicherheitsgarantie zu prüfen. In der Erklärung heißt es nun: „Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind bereit, weitere Beiträge zu Sicherheitsgarantien zu leisten.“ Konkrete Maßnahmen, wie Friedenstruppen, werden aber mit hoher Wahrscheinlichkeit außerhalb des Rahmens der EU27, vermutlich mit dem Vereinigten Königreich, weiterverhandelt.

Zentraler Punkt der Erklärung ist die fortwährende und langfristige finanzielle Unterstützung der Ukraine. Allerdings findet der von Kallas präsentierte zusätzliche Vorschlag für ein 20 Mrd. Euro schweres Hilfspaket keine Erwähnung, da Ungarn die Initiative bereits im Vorfeld blockiert hatte. Bemerkenswert ist, dass neben der Erklärung der EU26 in einem Pressestatement - zusätzlich zur geplanten Unterstützung für 2025 - die bereits geleistete Unterstützung der Ukraine in konkreten Zahlen benannt wird. Dabei wird prominent aufgeschlüsselt, dass 65 Prozent als Zuschüsse oder Unterstützung in Form von Sachleistungen bereitgestellt wurden, und 35 Prozent in Darlehen.⁸ Dies ist nicht zuletzt eine Antwort auf die diesbezüglichen Falschaussagen Trumps während seines Treffens mit Macron in Washington.⁹

Nachdem die aktuelle Position der USA verdeutlicht, dass eine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine in naher Zukunft keine Möglichkeit ist, wären Sicherheitsgarantien im Zuge einer EU-Mitgliedschaft jedoch denkbar. Kürzlich hatte Ursula von der Leyen bei ihrem Besuch in Kyjiw am 24. Februar zum dritten Jahrestag des russischen Angriffskriegs eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine bereits im Jahr 2030 in Aussicht gestellt.¹⁰ Die EU26 greifen dies abgemildert durch ihre Formulierung „die Reformbemühungen der Ukraine auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft stärker zu unterstützen“ auf. Die Tatsache, dass Ungarn sein Veto auf diesem Ratsgipfels deutlich gemacht hat, erschwert eine beschleunigte Mitgliedschaft jedoch maßgeblich.

Der Punkt zur Gastransitfrage ist als Zugeständnis an die Slowakei zu verstehen, die zuvor energie-wirtschaftliche Bedingungen für ihre Unterstützung der Ukraine gestellt hatte. Dieser Kompromiss stellt einen Erfolg für die pro-ukrainischen Mitgliedstaaten dar: Man konnte die Slowakei für die Unterstützung der Erklärung gewinnen, um Geschlossenheit zu signalisieren, aber gleichzeitig eine abgeschwächte Formulierung, dass man die „Bedenken der Slowakei berücksichtigen“ würde, erzielen, anstatt sich direkt auf eine Kehrtwende in der Gastransitfrage festzulegen.

⁶ Europäische Kommission: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/sv/statement_25_673

⁷ POLITICO: <https://www.politico.eu/newsletter/brussels-playbook/a-peace-project-at-war-with-itself/>

⁸ Europäischer Rat: <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2025/03/06/>

⁹ The Guardian: <https://www.theguardian.com/us-news/2025/feb/24/trump-ukraine-putin-peacekeepers-macron>

¹⁰ POLITICO: <https://www.politico.eu/article/vdl-ukraine-eu-2030-european-commission-press-nato-ukraine-kyiv-foreign-policy-shift/>

Verteidigung

In puncto Finanzierung der geplanten Aufrüstung auf EU- wie auch nationaler Ebene ergeben sich aus den Schlussfolgerungen des Sondergipfels neue Ideen und Ambitionen. Details stehen noch aus, was auf der einen Seite der sich verändernden Rahmenbedingungen und kurzfristigen Ankündigungen geschuldet ist, aber auch der Frage, wie einige der Initiativen umgesetzt werden können. Weitere Details zu ReArm Europe wie auch dem Weißbuch werden erst im Laufe der nächsten Wochen spezifiziert. In den finalen Schlussfolgerungen werden die Ankündigungen der Kommission zur Kenntnis genommen, während in vorigen Versionen von „willkommen heißen“ die Rede war, was kritischere Diskussionen im Gipfelverlauf auch zu diesen Verteidigungsplänen nahelegt: Unter anderem äußerte sich die italienische Regierung aufgrund ihrer hohen Verschuldung besorgt über weitere Schulden und störte sich an dem Namen der Initiative, der bei Bürgern auf Unverständnis stoßen könnte. Auch der spanischen Regierung wären direkte Zuschüsse anstelle neuer Schulden lieber.¹¹ Deshalb wurde in den finalen Schlussfolgerungen ergänzt, dass etwaige neue Finanzierungsquellen für Verteidigung auf EU-Ebene nichtdiskriminierend und objektiv sein müssten. Zusätzlich wurde ein noch stärkerer Fokus auf den Schutz und die Sicherheitsinteressen von EU-Staaten gelegt, die nicht Teil der Ostgrenze sind, aber dennoch Sicherheitsrisiken wahrnehmen. Grundsätzlich änderte sich im Verteidigungsbereich eher wenig und es herrschte größere Einigkeit als zur Ukraine.

Der Sinneswandel der Europäischen Investitionsbank, weitergehende Verteidigungsprojekte zu fördern, stieß wie erwartet auf Zustimmung, da mangelnde Finanzinvestitionen als ein Hauptproblem bei einer schnellen Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie gesehen werden. Allerdings umfasst die neu angekündigte Änderung - sollte sie gemäß der EIB umgesetzt werden - immer noch nicht alle Rüstungsprojekte, wie bspw. die Munitionsherstellung. Zudem wird in dieser

Debatte der Einfluss der EU27 auf die EIB außer Acht gelassen: Die Mitgliedstaaten sind selbst Eigentümer der EIB und die EIB-Richtlinien hängen in großen Teilen von Entscheidungen der nationalen Finanzminister ab, unter denen keine klare Einigkeit herrscht.¹²

Die geplanten Änderungen im Verteidigungsbereich symbolisieren einen Schritt in Richtung höherer Ausgaben wie auch mehr Akzeptanz von gemeinsamer EU-Koordinierung, welche in Verteidigungsfragen in der Vergangenheit lange Nebenschauplatz war. Im Vergleich zum letzten Ratsgipfel Ende 2024 zeigt die Rhetorik sich entschlossener, eine sicherheitspolitische Schärfung der EU einzuleiten. Die Kommission wurde in mehreren Punkten aufgerufen, weitere Vorschläge und Details für bessere Investitions- und Finanzierungsmodelle zu liefern. Der Rat erhofft sich dadurch ggf., anstelle von Schuldenfinanzierung eine Restrukturierung anderer, bisher ungenutzter Quellen.¹³ Keine Fortschritte gab es in der Frage, ob Rüstungsausgaben eine sog. „Buy European“-Klausel beinhalten sollen, da sich die Mitgliedstaaten nicht darauf einigen konnten, in welchem Umfang auch nicht-europäische Firmen von vermehrten Mitteln profitieren sollen. Dies beträfe vor allem US-amerikanische, aber auch bspw. südkoreanische Firmen als relevante Zulieferer für Europa.

Der EU-Sondergipfel hat gezeigt, dass es 'fünf vor zwölf' ist und ein deutliches Signal an Russland und die USA gesendet. Europa ist handlungsfähig, nachdem die tektonischen Veränderungen der letzten Wochen in den geopolitischen Rahmenbedingungen es herausgefordert haben. Oder, um es mit den Worten von EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola zu sagen: „*In this world, we cannot afford to depend on others to keep us safe. Europe must take responsibility of its own security*“.¹⁴ Bis zum planmäßigen EU-Ratsgipfel am 20. und 21. März haben die Staats- und Regierungschefs nun zwei Wochen Zeit, in einigen Punkten nachzuarbeiten – in der Zwischenzeit wird die Kommission auch das für den 19. März angekündigte Weißbuch zur Verteidigung vorstellen.

¹¹ POLITICO: https://www.politico.eu/article/european-council-summit-eu-defense-spending-ukraine-war/?utm_source=email&utm_medium=alert&utm_campaign=Live%3A%20EU%20holds%20war%20summit%20as%20US%20shuns%20Ukraine

¹² Euractiv: <https://www.euractiv.com/section/defence/news/eu-leaders-ask-eib-to-review-lending-rules-issue-defence-debt/>

¹³ VUB: <https://csds.vub.be/publication/special-delivery-the-european-council-and-the-march-2025-defence-summit/>

¹⁴ Europäisches Parlament: [20250306RES27186.pdf](https://www.europarl.europa.eu/media/20250306RES27186.pdf)



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Beatrice Gorawantschy
Leiterin des Europabüros
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel
beatrice.gorawantschy@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)